

Leserbrief zum Artikel im NT vom 31.1.22 „Nur Reichardt da“ und vom 1.2.22 „Katalog mit über 1.000 Einreichungen, erschienen im Naumburger Tageblatt vom 7. Februar 2022

In die eigene Kontaktschuldfalle getappt

Anliegen, Forderungen und Wünsche der Montagsspaziergänger wurden mit der Bürgerstimme formuliert und bei der Versammlung auf dem Markt in Naumburg am Samstag, den 29. Januar 2022, kommuniziert. Es entstand ein repräsentatives Abbild der Beweggründe der Menschen. Die Auswertung wurde Ihrer Zeitung mit der Pressemitteilung vorgelegt.

Der Landrat Götz Ulrich, der Oberbürgermeister Armin Müller sowie MdL Daniel Sturm haben ihre Teilnahme abgesagt. Es bleibt der Eindruck, dass sie sich mit ihren Argumenten hinter dem verstecken, was über Montagsspaziergänge an Vorurteilen verbreitet wird, ohne die tatsächlichen Haltungen und Gründe herausfinden zu wollen.

Seit Beginn der Proteste wird die vermeintliche Vereinnahmung durch „Rechte“ vorgeschoben, eine „Kontaktschuld“ konstruiert, um eine Auseinandersetzung mit den eigentlichen Anliegen der Proteste ablehnen zu können. Doch die Proteste gingen nicht von "rechten Kräften" aus und eine Vereinnahmung ist auch nicht eingetreten. Die Organisatoren im Burgenlandkreis sind weder für eine rechte Einstellung oder gar Mitgliedschaft in entsprechenden Vereinigungen bekannt, noch ist eine solche Ausrichtung in den Anliegen der Bürgerstimme erkennbar. Letztlich sind die gesprächsverweigernden Politiker in ihre eigene Kontaktschuldfalle getappt. Sie haben durch ihre Abwesenheit die Einseitigkeit verursacht, die sie den Veranstaltern vorwerfen, anstatt ebenfalls auf die Bürger zuzugehen, ihre eigene Meinung und die ihrer Partei zu vertreten und tatsächlich Stellung zu beziehen. Es wäre ein Leichtes gewesen, hier mehr Ausgewogenheit durch eigene Präsenz zu erzeugen sowie Bürgernähe und Gesprächsbereitschaft zu beweisen. Aber vielleicht soll ein Distanzieren an dieser Stelle genau für solche Bilder sorgen, die dann als Argument herangezogen werden, nicht dort erscheinen zu wollen. Doch damit schürt man politisch genau das, was man den tausenden Spaziergängern unterstellen will - die antidemokratischen Kräfte in unserer Gesellschaft. Dass gerade die Forderung, sich nicht nur von Meinungen, sondern auch von Menschen zu distanzieren und diese auszugrenzen, eine gefährliche Tendenz zu totalitärer Herrschaft und nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, sollte inzwischen eine historisch gut begründete Erkenntnis sein.

Beate van der Meer, Naumburg